Viktoria Kaina

»Wir« und »die Anderen« – Europäische Identitätsbildung als Konstruktion von Gemeinsamkeit und Differenz

1. Einleitung

Die Geschichte der Europäischen Union ist eine Geschichte der Widersprüche: Schon immer wechselten Erfolge mit Niederlagen, lösten Phasen außergewöhnlicher Dynamik Zeiten des Stillstands ab, folgten auf Rückschlag und Krise Fortschritt und Triumph. In der Gegenwart ist die EU aber mit einem Problem konfrontiert, das sich in markanter Weise von den Herausforderungen der Vergangenheit unterscheidet: Die »Politik der Hinterzimmer«,[1] die den europäischen Integrationsprozess prägte, konnte sich lange Zeit auf ein verbreitetes wohlwollendes Desinteresse der Bevölkerung stützen und musste eine kritische Aufmerksamkeit der Menschen vor dem Vorhang nicht fürchten, solange am Ende alle Beteiligten profitierten oder zumindest niemand gravierende Nachteile erlitt. Diese Politik scheint jedoch endgültig an ihre Grenzen zu stoßen, wenn sich die EU heute von ihren eigenen, in so mancher Hinsicht zunehmend widerspenstigen Bürgern in die Klemme gebracht sieht. Den meisten EU-Bürgern ist »Europa« zwar immer noch herzlich egal, gleichzeitig macht es ihnen aber immer mehr aus, was europäisch entschieden und auf nationalstaatlicher Ebene umgesetzt wird. Denn dieses Europa, für das man sich eigentlich nicht interessieren mag und das man deshalb auch immer gern den Fachleuten überlassen hat, bringt inzwischen Verlierer hervor. Je mehr dieser Umstand von den Menschen wahrgenommen wird und je tiefer er in ihr Bewusstsein vordringt, desto weniger ungestört bleibt das Handeln der europäischen Spezialisten und Experten.[2] Die Weigerung der Menschen, wichtige EU-Vorhaben mitzutragen, und die sinkende Bevölkerungsunterstützung für den europäischen Integrationsprozess symbolisieren demnach das Ende einer lange währenden Großzügigkeit seitens der EU-Bürger gegenüber den Integrationsbemühungen nationaler und europäischer Eliten.[3]

1 Peter Mair, »Popular Democracy and EU Enlargement« in: *East European Politics and Societies 17* (2003), S. 58–63, hier: S. 62.

2 Georg Vobruba, *Die Dynamik Europas,* 2., akt. Aufl., Wiesbaden 2007, S. 10.

3 Vgl. u. a. Lauren M. McLaren, *Identity, Interests and Attitudes to European Integration,* Houndmills et al. 2006, dies., »Explaining Mass-Level Euroscepticism: Identity, Interests, and Institutional Distrust« in: *Acta Politica 42* (2007), S. 233–251; Richard C. Eichenberg / Russell J. Dalton, »Post-Maastricht Blues: The Transformation of Citizen Support for European Integration, 1973-2004« in: *Acta Politica 42* (2007), S 128–152; Liesbet Hooghe, »What Drives Euroskepticism? Party-Public Cueing, Ideology and Strategic Opportunity« in: *European Union Politics 8 (5)* (2007), S. 5–12; Liesbet Hooghe / Gary Marks, »Europe's Blues: Theoretical Soul-Searching

https://doi.org/10.5771/0044-3360-2010-4-413
Generiert durch IP '3.137.221.120', am 14.06.2024, 12:06:04.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

Vor diesem Hintergrund wird der allmählichen Herausbildung einer supranationalen kollektiven Identität und eines europäischen Gemeinschaftsbewusstseins bei den EU-Bürgern zunehmend Aufmerksamkeit geschenkt.[4] Denn die Erosion des »permissive consensus« bei gleichzeitiger Erweiterung und Vertiefung der EU verweist mit wachsender Dringlichkeit auf die Frage, was die Union in Krisen- und Konfliktzeiten zusammenhält. Auf der Suche nach verlässlichen Antworten auf diese Frage stehen wir aber vor der schwierigen Situation, dass uns der Forschungsstand höchst widersprüchliche Diagnosen und inkonsistente Befunde zu Ausmaß und Entwicklung eines europäischen Wir-Bewusstseins in der EU-Bevölkerung bietet.[5] Trotz einer wachsenden Zahl an Forschungspublikationen zu diesem Thema sind unsere Kenntnisse über die Entwicklungsdynamik eines supranationalen Gemeinschaftssinns unter den EU-Bürgern immer noch wenig robust und lückenhaft. Zum Beispiel haben wir bisher kaum empirisch gesichertes Wissen über die psychologischen Prozesse von Differenzbildung und Grenzziehung auf europäischer Ebene, obwohl sie für die Herausbildung kollektiver Identitäten von zentraler Bedeutung sind.

Dieser Leerstelle will ich mich in diesem Beitrag in einer ersten Annäherung widmen. Meine Frage lautet hier, ob sich im Bewusstsein der Europäer Anhaltspunkte für die Grenzziehung zwischen einem supranationalen, europäischen »Uns« und signifikanten »Anderen« empirisch nachweisen lassen. Bevor ich dazu einige Befunde präsentiere, will ich im nächsten Kapitel meine analytischen Vorüberlegungen darlegen. Im abschließenden vierten Kapitel werde ich die empirischen Ergebnisse resümieren und weiteren Forschungsbedarf begründen.

after the Rejection of the European Constitution« in: *PS: Politics and Political Science 39* (2006), S. 247-250; dies. »Sources of Euroscepticism« in: *Acta Politica 42* (2007), S.119–127; dies., »A Postfunctionalist Theory of European Integration: From Permissive Consensus to Constraining Dissensus« in: *British Journal of Political Science 39 (1)* (2009), S.1–23; Viktoria Kaina, *Wir in Europa. Kollektive Identität und Demokratie in der Europäischen Union,* Wiesbaden 2009.

4 Vgl. z. B. Richard Herrmann / Marilynn B. Brewer, »Identities and Institutions: Becoming European in the EU« in: Richard K. Herrmann, Thomas Risse, Marilynn B. Brewer (Hrsg.), *Transnational Identities. Becoming European in the EU,* Lanham et al. 2004, S.1–22; Thomas Risse, »European Institutions and Identity Change: What Have We Learned?« in: Herrmann/Risse/Brewer (Hrsg.), aaO., S. 247–271; Michael Bruter, *Citizens of Europe? The Emergence of a Mass European Identity,* Houndmills et al. 2005; Maurizio Bach / Christian Lahusen / Georg Vobruba, »The problem of the European Union: Political integration leaving out Society«, in: Bach/Lahusen/Vobruba (Hrsg.), *Europe in Motion. Social Dynamics and Political Institutions in an Enlarging Europe,* Berlin 2006, S. 7–10; Lauren M. McLaren, *Identity, Interests and Attitudes to European Integration*, Houndmills et al. 2006; Viktoria Kaina, »European Identity, Legitimacy, and Trust: Conceptual Considerations and Perspectives on Empirical Research« in: Ireneuzsz P. Karolewski / Viktoria Kaina (Hg.), *European Identity. Theoretical Perspectives and Empirical Insights,* Münster et al. 2006, S. 113–146; dies., *Wir in Europa. Kollektive Identität und Demokratie in der Europäischen Union,* Wiesbaden 2009.

5 Viktoria Kaina, *Wir in Europa. Kollektive Identität und Demokratie in der Europäischen Union,* Wiesbaden 2009; Viktoria Kaina, Ireneusz P. Karolewski, »EU governance and European identity« in: *Living Reviews in European Governance 4 (2),* 2009 [Online: http://europeangovernance.livingreviews.org/Articles/lreg-2009-2/ zuletzt aufgerufen 9.9.2010].

https://doi.org/10.5771/0044-3360-2010-4-413
Generiert durch IP '3.137.221.120', am 14.06.2024, 12:06:04.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

2. Kollektive Identität als Resultat von Differenzbildung und Demarkation

In den Sozialwissenschaften wird die individuelle Dimension kollektiver Identitäten meist als Bewusstsein oder noch häufiger als Gefühl der Zugehörigkeit zu menschlichen Gruppen bezeichnet.[6] Außerdem hat sich allgemein die Erkenntnis durchgesetzt, dass »Andere« für den Identitätsbegriff unentbehrlich sind. Die Herausbildung kollektiver Identitäten ist dementsprechend ein Prozess der Differenzbildung und Grenzziehung. Antworten auf die Frage »Wer ist Wir?« geben eine begründete Auskunft darüber, wer zu »uns« gehört und wer nicht. Ohne das Andere, von dem wir uns aufgrund gewisser Merkmale und Kriterien abgrenzen, können wir kein Bewusstsein dafür entwickeln, dass und weshalb wir mit bestimmten anderen Menschen zusammengehören – mit wieder anderen Menschen aber nicht. Als soziale Konstruktionen von Differenz[7] basieren kollektive Identitäten aber nicht nur auf dem gemeinsamen Willen der Zusammengehörigkeit,[8] sie sind auch an zwei notwendige Bedingungen geknüpft.

Die erste Bedingung ist die gegenseitige Anerkennung der Angehörigen eines Kollektivs als Mitglieder desselben[9] und in diesem speziellen Sinne die gegenseitige Anerkennung als *Gleiche*.[10] Die zweite Bedingung bezieht sich auf die Modellierung und Stereotypisierung gemeinsamer Charakteristika im Unterschied zu »Anderen«.[11] Beide Bedingungen stehen wiederum mit der Frage im Zusammenhang, wie sich die Wahrnehmung der Zugehörigkeit zu einem Kollektiv in emotionale Bindungen wandelt. Anders gefragt, was macht die Menschen einer Gruppe im Sinne einer gemeinsamen Kategorie von Personen (z. B. der gleichen sozialen Klasse, der gleichen Religion, Ethnie oder Staatsbürgerschaft) zu einer *Gemeinschaft*, die sich selbst als solche versteht und beschreibt?[12] Diese Frage ist für den Zusammenhalt von Gruppen auch und gerade in Konflikt- und Krisenzeiten von zentraler Bedeutung. Denn die Mitgliedschaft in einer Gemeinschaft besitzt eine »höhere« Qualität als die bloße Zugehörigkeit zu einer (sozialen) Kategorie,

6 Z. B. Juan Díez Medrano / Paula Gutiérrez, »Nested Identities: National and European Identity in Spain« in: *Ethnic and Racial Studies 24* (2001), S. 753–778, hier: S. 754; Bettina Westle, »Europäische Identifikation im Spannungsfeld regionaler und nationaler Identitäten. Theoretische Überlegungen und empirische Befunde« in: *Politische Vierteljahresschrift 44* (2003), S. 453–482, hier: S. 455; Sheila L. Croucher, *Globalization and Belonging. The Politics of Identity in a Changing World,* Lanham et al. 2004, S. 40; Michael Bruter, *Citizens of Europe? The Emergence of a Mass European Identity,* Houndmills et al. 2005, S. 1.

7 Bernhard Giesen, *Die Intellektuellen und die Nation,* Frankfurt/M. 1993.

8 Jürgen Kocka, »Die Ambivalenz des Nationalstaats« in: Mariano Delgado / Matthias Lutz-Bachmann (Hg.), *Herausforderung Europa. Wege zu einer europäischen Identität,* München 1995, S. 28–50, hier: S. 29.

9 Ernest Gellner, *Nations and Nationalism,* Oxford 1983, S. 7.

10 Shmuel Noah Eisenstadt / Bernhard Giesen (1995): The Construction of Collective Identity, in: *European Journal of Sociology 26* (1995), S. 72–102, hier: S. 74.

11 Robert Hettlage, »European Identity – Between Inclusion and Exclusion« in: Hanspeter Kriesi, Klaus Armingeon, Hannes Siegrist, Andreas Wimmer (Hg.), *Nation and National Identity. The European Experience in Perspective,* Zürich 1999, S. 243-262; hier: S. 246.

12 Dieter Fuchs / Hans-Dieter Klingemann, »Eastward Enlargement of the European Union and the Identity of Europe« in: Peter Mair / Jan Zielonka (Hg.), *The Enlarged European Union. Diversity and Adaption,* London/Portland 2002, S. 19–54, hier: S. 21.

https://doi.org/10.5771/0044-3360-2010-4-413
Generiert durch IP '3.137.221.120', am 14.06.2024, 12:06:04.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

weil für Gemeinschaften Gefühle gegenseitiger Verpflichtungen kennzeichnend sind.[13] Das Bewusstsein der Zugehörigkeit ist dann synonym zum Bewusstsein der *Zusammengehörigkeit*, das erst die Grundlage für Loyalität, Solidarität und Opferbereitschaft zum Wohle des Kollektivs und seiner Mitglieder bildet.

Eine Voraussetzung dafür ist jedoch, dass es sich nach Auffassung der Gruppenmitglieder um ein wichtiges Kollektiv handelt, dessen Zustand das Schicksal seiner Angehörigen berührt und das ihnen teuer genug ist, um der eigenen Person einen spezifischen Wert zu verleihen.[14] Im Zusammenhang damit steht die plausible Annahme, dass Individuen Gruppenmitgliedschaften anstreben, die ihnen irgendeine Art von Befriedigung verschaffen.[15] *Wertvoll* werden Kollektive vor allem dann, wenn ihre Mitglieder exklusive »›kostbare‹ *Gemeinsamkeiten* teilen«,[16] die sie von »Anderen« unterscheiden. Dieser Gemeinsamkeitsglaube[17] ruft bei »uns« wechselseitige Sympathie und Empathie, Nähe, Vertrauen, gegenseitiges Verständnis sowie Interesse aneinander und an der Gemeinschaft hervor. Inklusions- und Exklusionsstrategien auf der Basis bestimmter »codes of destinction«[18] dienen demnach der Grenzziehung zwischen drinnen und draußen, zwischen »uns« und »denen«, zwischen Ingroup und Outgroup, bestimmen, wer dazu gehört (bzw. wer nicht) und ebnen das Fundament für die Bereitschaft, sich gegenseitig als zugehörig anzuerkennen und damit auch die Konsequenzen sozialer Beziehungen zu akzeptieren.

Die von Henri Tajfel (1974, 1978, 1982) begründete Soziale Identitätstheorie (SIT) postuliert entsprechend, dass kollektive Identitäten *sowohl* der Binnendefinition zur Bildung der Eigengruppe *als auch* der Außenabgrenzung durch die Konstruktion von Fremdgruppen bedürfen.[19] Denn die Merkmale der eigenen Gruppe gewinnen ihre Bedeutung erst und vornehmlich »in Relation zu wahrgenommenen Unterschieden zu anderen Gruppen und zu den Wertkonnotationen dieser Unterschiede«.[20] Kollektive Identitäten enthalten insofern immer auch eine evaluative Komponente, weil sie auf sozialen Vergleichsprozessen beruhen.

13 Jack Citrin / John Sides, »More than Nationals: How Identity Choice Matters in the New Europe« in: Richard K. Herrmann, Thomas Risse, Marilynn B. Brewer (Hg.), *Transnational Identities. Becoming European in the EU,* Lanham et al. 2004, S. 161–185, hier: S. 165.

14 Bernd Estel, »Moderne Nationsverständnisse: Nation als Gemeinschaft« in: Robert Hettlage, Petra Deger, Susanne Wagner (Hg.), *Kollektive Identität in Krisen. Ethnizität in Religion, Nation, Europa,* Opladen 1997, S. 73–85, hier: S. 79.

15 Henri Tajfel, *Gruppenkonflikt und Vorurteil. Entstehung und Funktion sozialer Stereotypen,* Bern 1982, S. 103.

16 Bernd Estel, »Moderne Nationsverständnisse: Nation als Gemeinschaft«, in: Hettlage/Deger/Wagner (Hg.), aaO. (FN 14), S. 73–85, hier: S. 79 f. (Hervorhebung im Original).

17 Max Weber, *Wirtschaft und Gesellschaft. Grundriss der verstehenden Soziologie,* Studienausgabe, 5., rev. Aufl., Tübingen 1980, S. 237.

18 Shmuel Noah Eisenstadt / Bernhard Giesen, »The Construction of Collective Identity« in: *European Journal of Sociology 26* (1995), S. 72–102, hier S. 74.

19 Bettina Westle, »Universalismus oder Abgrenzung als Komponente der Identifikation mit der Europäischen Union?« in: Frank Brettschneider, Jan van Deth, Edeltraud Roller (Hg.), *Europäische Integration in der öffentlichen Meinung,* Opladen 2003, S. 115–152, hier: S. 119.

20 Henri Tajfel, *Gruppenkonflikt und Vorurteil. Entstehung und Funktion sozialer Stereotypen,* Bern et al. 1982, S. 87 f.

https://doi.org/10.5771/0044-3360-2010-4-413
Generiert durch IP '3.137.221.120', am 14.06.2024, 12:06:04.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

In sehr großen Kollektiven mit Millionen von Mitgliedern müssen »kostbare« Gemeinsamkeiten aber für die zumeist anonymen Gruppenmitglieder unterstellt werden. Das Bewusstsein zusammenzugehören und ein gemeinsames Schicksal zu teilen stützt sich demnach nicht auf Gewissheiten im Sinne persönlicher Erfahrungen mit den meisten anderen Gruppenmitgliedern. Stattdessen begründen *Annahmen* über Nähe, Ähnlichkeit und Gemeinsamkeiten zwischen den Kollektivmitgliedern die *Vorstellung* einer Gemeinschaft.[21] Als Beispiele für solche gedachten oder vorgestellten Gemeinschaften nennt Lepsius[22] »Nationen, Kulturformationen, Sprachgemeinschaften und Herrschaftsverbände«. Mit der Europäischen Union ist ein supranationaler Herrschaftsverband entstanden, der sich als Bezugsobjekt kollektiver Identitätsbildung auf europäischer Ebene anbietet.[23] Damit stellt sich nunmehr auch die Frage, ob im Bewusstsein der EU-Bürger Anhaltspunkte für die Grenzziehung zwischen »uns« und »denen« empirisch nachgewiesen werden können.

3. Europäisches Wir-Bewusstsein und die Schwierigkeiten der Abgrenzung

Im Folgenden geht es um die Konstruktion von Fremdgruppen in den Köpfen der EU-Bürger. Ich glaube aber, dass diese Art der Grenzziehung zwischen »uns« und »Anderen« nicht völlig losgelöst betrachtet werden kann von räumlichen Bezügen, das heißt *territorialen* Demarkationslinien, die sich in der Vergangenheit als mächtige Antriebskräfte kollektiver Identitätsbildung erwiesen haben.[24] Für die Entwicklung einer europäischen kollektiven Identität unter den EU-Bürgern ist das Fehlen eindeutiger und für die Menschen nachvollziehbarer territorialer Grenzen demnach ein Problem. »Europa« konfrontiert die Menschen mit verschiedenen Demarkationslinien nach außen und innen. Nach *außen* existieren zum einen voneinander abweichende Grenzverläufe zwischen EU-Mitgliedern und Mitgliedern der Euro-Zone, zum anderen unterschiedliche, sich nur teilweise überschneidende Mitgliedschaften von EU- und Schengen-Ländern. Hinzu kommt der 47 Mitgliedstaaten umfassende Europarat, dem neben den aktuellen EU-Mitgliedern auch viele europäische Nicht-EU-Mitglieder angehören.

Aber auch nach *innen* sehen sich »Europa« und die Europäische Union mit Barrieren konfrontiert. Diese »informellen«, internen Grenzlinien[25] resultieren aus markanten so-

21 Benedict Anderson, *Imagined communities. Reflections on the origin and spread of nationalism*, London / New York 1991.

22 Rainer M. Lepsius, »Identitätsstiftung durch eine europäische Verfassung?« in: Robert Hettlage, Hans-Peter Müller (Hg.), *Die europäische Gesellschaft,* Konstanz 2006, S. 109–127, hier S. 109.

23 Lepsisus, aaO. (FN 22), S. 111.

24 Maurizio Bach, »Die Konstitution von Räumen und Grenzbildung in Europa. Von verhandlungsresistenten zu verhandlungsabhängigen Grenzen« in: Monika Eigmüller, Steffen Mau (Hg.), *Gesellschaftstheorie und Europapolitik. Sozialwissenschaftliche Ansätze zur Europaforschung,* Wiesbaden 2010, S.153–178.

25 Jan Delhey, »Do Enlargements Make the European Union Less Cohesive? An Analysis of Trust between EU Nationalities« in: *Journal of Common Market Studies 45* (2007), S. 253–279, hier: S. 259, 274.

https://doi.org/10.5771/0044-3360-2010-4-413
Generiert durch IP '3.137.221.120', am 14.06.2024, 12:06:04.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

zioökonomischen, politischen und kulturellen Unterschieden der europäischen Nationalstaaten. Abgesehen von der unterschiedlichen Größe der EU-Mitgliedstaaten sowie ihren politischen und kulturellen Differenzen, die sich zum Beispiel in ungleichen Wohlfahrtsstaatsmodellen, verschiedenen Religionszugehörigkeiten, differierenden Sprachfamilien oder unterschiedlichen Wertemustern niederschlagen, fordern insbesondere die nationalen Differenzen in Wirtschaftskraft und Modernisierungsgrad den Zusammenhalt der Europäischen Union heraus. Denn zu große *Statusunterschiede* zwischen den Mitgliedern einer Gruppe schaffen Anlässe für Vorurteile und Diskriminierung, die der gegenseitigen Wahrnehmung und Akzeptanz als Gleiche abträglich ist. Anhaltende reale und wahrgenommene Statusdifferenzen zwischen den EU-Bevölkerungen wären für die Entwicklung eines gemeinsamen europäischen Wir-Bewusstseins fatal. Denn empfundene Überlegenheit auf der einen und Gefühle der Zurücksetzung auf der anderen Seite sind das Gegenteil einer gegenseitigen Wahrnehmung als Gleiche.

Aufgrund des Mangels an klaren territorialen Grenzen und angesichts der gewachsenen sozio-ökonomischen, politischen und kulturellen Unterschiede in der Europäischen Union müssen wir die Erwartung an bewusste oder unbewusste Prozesse der Grenzziehung in Bezug auf ein supranationales europäisches Kollektiv bei den EU-Bevölkerungen von vornherein bescheiden formulieren. Darüber hinaus stellt sich für empirische Erkundungen in diesem Gebiet ein Datenproblem, weil die Eurobarometer-Daten – gleichwohl und trotz ihrer Probleme die wichtigste Datenquelle für umfragebasierte Forschung zur EU – nur wenige Indikatoren für meine Fragestellung bieten.

Mitunter wird versucht, die Konstruktion von Fremdgruppen in der EU über die Haltung der Menschen zu Immigration und Asylpolitik zu operationalisieren.[26] Ich habe mich aber gegen eine Verwendung dieser Indikatoren entschieden, weil sich die Fragestimuli immer auf die Akzeptanz von Ausländern im *eigenen Land* beziehen. Damit wird als Objekt kollektiver Identifikation und Loyalität nicht die supranationale Gemeinschaft der EU-Mitgliedstaaten in den Köpfen der Befragten angesprochen, sondern ein nationalstaatlicher Bezugspunkt gewählt. Aus den empirischen Ergebnissen solcher Daten lassen sich zwar Erkenntnisse über die Konstruktion von Fremdgruppen in Relation zu nationalstaatlichen Zugehörigkeiten und Bindungen gewinnen. Für Differenzbildungsprozesse bezüglich eines supranationalen europäischen Kollektivs lassen sich daraus aber keine Schlussfolgerungen ziehen. Denn ein EU-Bürger kann durchaus der Meinung sein, dass es in seinem Land zu viele Ausländer und zu viele Einwanderer aus den unterentwickelten Weltregionen gibt. Dem gleichen EU-Bürger kann es aber vollkommen egal sein, wie es sich damit in anderen EU-Staaten verhält.

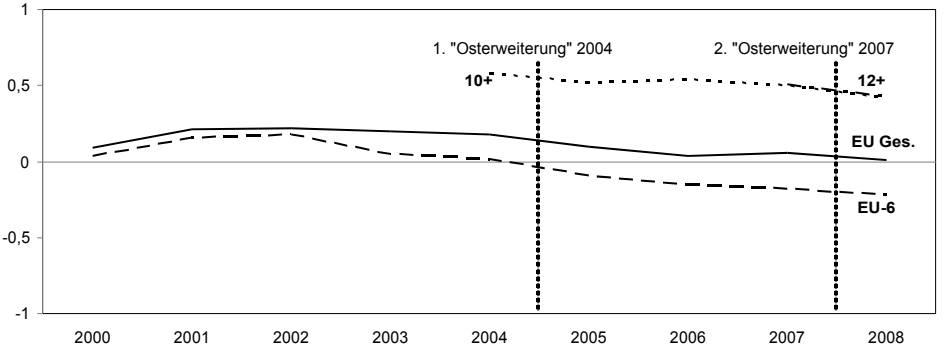
26 Z.B. Bettina Westle, »Universalismus oder Abgrenzung als Komponente der Identifikation mit der Europäischen Union?« in: Frank Brettschneider, Jan van Deth, Edeltraud Roller (Hg.), *Europäische Integration in der öffentlichen Meinung,* Opladen 2003, S. 115–152; Jack Citrin / John Sides, »More than Nationals: How Identity Choice Matters in the New Europe« in: Richard K. Herrmann, Thomas Risse, Marilynn B. Brewer (Hg.), *Transnational Identities. Becoming European in the EU,* Lanham et al. 2004, S. 161–185.

https://doi.org/10.5771/0044-3360-2010-4-413
Generiert durch IP '3.137.221.120', am 14.06.2024, 12:06:04.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

Im Folgenden greife ich auf drei Indikatoren des Standard-Eurobarometers zurück, um die Definition von Außengrenzlinien und die Konstruktion von Fremdgruppen bei den EU-Bürgern zu untersuchen:

- die Erweiterungspräferenz der Befragten in Bezug auf die Europäische Union (1),
- Auskünfte darüber, welche Länder als potenzielle Neumitglieder der EU Akzeptanz finden (2)
- sowie Aussagen über die Beitrittskriterien, die nach Auffassung der EU-Bürger alle Aspiranten für eine EU-Mitgliedschaft erfüllen müssen (3).

Abbildung 1: Zustimmung zur EU-Erweiterung 2000-2008 (Netto-Werte)



Frageformulierung EB70.1: "What is your opinion on each on the following statements? Please tell me for each statement, whether you are for or against it: Further enlargement of the EU to include new countries in future years." (Frageformulierung variiert leicht zwischen den Erhebungen.) Die Abbildung basiert auf den so genannten Netto-Werten, die sich aus der Subtraktion des Anteils negativer Antworten ("against") vom Anteil positiver Antworten ("for") ergeben. Nach der Subtraktion wurde ein Index gebildet, der Werte von -1 bis +1 annehmen kann.

Datenbasis: EB 54.1, 56.2, 58.1, 60.1, 62.0, 64.2, 66.1, 68.1, 70.1.

Beginnend mit der Erweiterungspräferenz der EU-Bürger, lässt sich belegen, dass ein wachsender Teil von ihnen eine Festlegung der potenziell offenen Außengrenzen der Union wünscht (vgl. Abb. 1). Mit Ausnahme von Bulgarien und den Niederlanden sprachen sich in allen 27 EU-Mitgliedstaaten im Herbst 2008 weniger Menschen für eine Erweiterung der EU aus als zum jeweils ersten Befragungszeitpunkt im Herbst 2000 (für die Mitgliedstaaten der EU-15) bzw. im Herbst 2004 und 2007 (für die Mitgliedstaaten der Osterweiterung) (tabellarisch nicht ausgewiesen). Der Wunsch nach Begrenzung der EU-Mitgliedschaft ist im Durchschnitt der sechs Gründungsstaaten am stärksten ausgeprägt; seit Herbst 2006 sind im EU-6-Durchschnitt sogar mehr Bürger gegen als für eine Erweiterung der EU. Zudem hat die Bevölkerungszustimmung zur Erweiterung der Union seit der Osterweiterung im Jahr 2004 in vier von sechs Gründungsstaaten auffällig abgenommen. Eine Ausnahme bilden hier nur die niederländische und belgische Bevölkerung, wenngleich auch in Belgien im Herbst 2008 mehr Menschen gegen als für die Aufnahme neuer EU-Mitglieder waren (tabellarisch nicht ausgewiesen).

https://doi.org/10.5771/0044-3360-2010-4-413
Generiert durch IP '3.137.221.120', am 14.06.2024, 12:06:04.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

Anhand der Eurobarometer-Daten lässt sich also eindrucksvoll belegen, dass eine große und wachsende Zahl der Europäer ein Bedürfnis nach Außenabgrenzung hat.[27] Die mitunter auch als Erweiterungsmüdigkeit bezeichnete Haltung vieler Menschen in den EU-Bevölkerungen[28] ist für meine Fragestellung trotzdem nur von begrenztem Wert und mit Validitätsproblemen behaftet. Denn Differenzbildungsprozesse zwischen einem europäischen Kollektiv und seinen Mitgliedern einerseits sowie Nicht-Mitgliedern andererseits können daraus nicht mit Sicherheit abgeleitet werden.

Das liegt vor allem daran, dass der Wunsch nach einer Markierung der EU-Außengrenzen unterschiedlich motiviert sein kann. Vielleicht lassen sich darin Anzeichen für eine gemeinsame europäische kollektive Identität sehen, die sich in Abgrenzung zu Anderen zu definieren versucht. Zwingend ist diese Schlussfolgerung aber nicht. Denn hinter dem Wunsch vieler Europäer, die Ausdehnung der Europäischen Union auf neue Mitglieder zu stoppen oder zumindest an bestimmte Bedingungen zu knüpfen, kann sich auch ihre Sorge um die Interessen des eigenen Landes verbergen. So ist das nationale Selbstinteresse, genauer: die Angst vor den Kosten der Erweiterung und dem Verlust der nationalen Identität und Kultur, ein wichtiger Erklärungsfaktor für Bevölkerungsvorbehalte gegenüber einer weiteren Ausdehnung der Europäischen Union.[29] In dieser Lesart definieren eher nationale Loyalitäten und Bindungen statt die Anteilnahme am Schicksal der Europäischen Union die Bevölkerungsauffassungen zur Aufnahme weiterer EU-Beitrittskandidaten. Demnach scheint zwar relativ sicher, dass viele EU-Bürger eine Festlegung der EU-Außengrenzen erwarten. Wir wissen aber nicht mit Sicherheit, ob dieser Wunsch auf bewusste oder unbewusste Differenzbildungsprozesse zurückzuführen ist, die das *supranationale* Kollektiv der Europäischen Union als Bezugspunkt haben. Angesichts bislang vorliegender empirischer Ergebnisse sind diesbezüglich berechtigte Zweifel angebracht. Umgekehrt können wir eine solche Möglichkeit aber auch nicht völlig ausschließen.

Abgesehen von der grundsätzlichen Frage, ob und inwieweit die Bevölkerungen der EU-Mitgliedstaaten eine Begrenzung der Union wünschen, ist noch immer weitgehend unbeantwortet, wo die Bürger die Grenze ziehen wollen. Es geht dabei im Folgenden weniger um ein quantitatives Kriterium. Für Identitätsbildungsprozesse in großen Kollektiven ist es letztlich irrelevant, ob man es nun mit fünfzig Millionen oder einer halben Milliarde Mitbürgern zu tun hat. Für das Bewusstsein, mit diesen anderen Millionen irgendwie zusammen zu gehören, ist vielmehr die gegenseitige Akzeptanz als Mitglied

27 Vgl. auch Viktoria Kaina, *Wir in Europa. Kollektive Identität und Demokratie in der Europäischen Union,* Wiesbaden 2009.

28 Angelika Scheuer / Hermann Schmitt, »Zur Dynamik der europäischen Identität« in: WeltTrends 15 (54, 2007), S. 53–68, hier: S. 63.

29 Jeffrey A. Karp / Shaun Bowler, »Broadening and Deepening or Broadening versus Deepening: The Question of Enlargement and Europe's ›Hesitant Europeans‹« in: *European Journal of Political Research 45* (2006), S. 369–390; Klaus Boehnke / Susanne Rippl, »EU-Enlargement-Related Worries as a Mobilizing Agent for Nationalism? Results of Representative Survey Studies in Germany, the Czech Republic, and Poland« in: Ireneusz P. Karolewski, Andrzej M. Suszycki (Hg.), *Nationalism and European Integration. The Need for New Theoretical and Empirical Insights,* New York / London 2007, S. 35–51; Viktoria Kaina, aaO. (FN 27).

https://doi.org/10.5771/0044-3360-2010-4-413
Generiert durch IP '3.137.221.120', am 14.06.2024, 12:06:04.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

derselben Gruppe ausschlaggebend. Die Entscheidung, welche Fremden wir als Gleiche betrachten und welche nicht, ist also kein Problem der Zahl, sondern der Qualität.

Tabelle 1: Bevölkerungsakzeptanz potenzieller Neumitglieder der Europäischen Union 1996-2002-2008 (in %):

	1996		2002		2008			
	EU	EU-6	EU	EU-6	EU	EU-6	10+	12+
Albanien	26	22	27	22	34	27	41	45
Bosnien-Herzegowina	29	25	31	27	40	33	49	53
Bulgarien	37	33	39	35				
Estland	37	34	41	38				
Frühere Republik Jugoslawien			33	28				
Island	57	58	61	61	71	70	77	76
Kroatien	31	28	35	32	52	46	70	70
Lettland	38	36	41	38				
Litauen	37	35	40	37				
Malta	50	49	52	50				
Mazedonien			30	26	40	33	50	54
Moldawien	30	27						
Norwegen	70	73	75	77	78	79	84	82
Polen	48	47	48	46				
Rumänien	38	35	35	31				
Russland	33	30						
Schweiz	72	75	75	76	77	78	85	83
Serbien-Montenegro[1]	29	25			38/41	30/33	46/52	51/55
Slowakei	37	35	41	38				
Slowenien	34	32	38	34				
Tschechische Republik	44	42	46	44				
Türkei	36	35	32	28	31	22	40	45
Ukraine	31	28			43	34	62	63
Ungarn	51	51	51	51				
Weißrussland	27	24						
Zypern	43	39	47	42				
Kosovo					34	27	40	42

Frageformulierung: Für 1996: »For each of the following countries, are you (would you be) in favour or not of it becoming part of the European Union in the future?« Für 2002: »For each of the following countries, would you be in favour of or against it becoming part of the European Union in the future?« Für 2008: »For each of the following countries and territories, would you be in favour of or against it becoming part of the European Union in the future?« Die Tabelle gibt den jeweiligen Prozentanteil positiver Antworten wieder.

[1] Bei der Erhebung 2008 wurden Serbien und Montenegro getrennt abgefragt. Es sind entsprechend auch die Werte für beide Länder getrennt ausgewiesen, wobei sich der erste Wert auf Serbien, der zweite auf Montenegro bezieht.

Datenbasis: EB 44.2bis (Frühjahr 1996), EB 58.1 (Herbst 2002), EB 69.2 (Frühjahr 2008).

Wenn wir uns fragen, wo die EU-Bürger eine Grenze für das gemeinsame supranationale Kollektiv ziehen wollen, müssen wir dementsprechend nach empirischen Antworten auf

https://doi.org/10.5771/0044-3360-2010-4-413
Generiert durch IP '3.137.221.120', am 14.06.2024, 12:06:04.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

wenigstens zwei Fragen suchen: Erstens, welche Nicht-EU-Staaten werden als potenzielle Mitglieder akzeptiert und welche nicht? Zweitens, wie wird die Entscheidung begründet, wer in das gemeinsame Kollektiv der EU Aufnahme finden kann und wer nach Auffassung der Europäer nicht dazu gehört?

Ich wende mich zunächst der ersten Frage zu. Tabelle 1 dokumentiert die Akzeptanz der EU-Bürger für potenzielle Neumitglieder der Europäischen Union über einen Zeitraum von mehr als zehn Jahren. Es zeigt sich zunächst, dass im Jahr 2002 unter den 2004 beigetretenen Staaten als potenzielle Neumitglieder nur Malta und Ungarn bei einer Bevölkerungsmehrheit sowohl im EU-Gesamtdurchschnitt als auch im Schnitt der EU-6 Zustimmung fanden. Demgegenüber bringen die Europäer über den gesamten Beobachtungszeitraum hinweg der Beitrittsmöglichkeit Norwegens, der Schweiz und Islands große Sympathie entgegen. Offensichtlich machen die EU-Bürger klare Unterschiede in ihrer Zustimmung für potenzielle Neumitglieder der Europäischen Union. Das bestätigt sich in den Ergebnissen einer Faktoranalyse (vgl. Tab. 2) und den statistischen Varianzmaßen bei der Akzeptanz von Neumitgliedern (vgl. Tab. 3). Danach ergeben sich als Resultat der Faktoranalyse zwei deutlich voneinander unterschiedene Ländergruppen: die erste Dimension umfasst südosteuropäische Länder der Balkanregion, die Ukraine und die Türkei; der zweiten Dimension gehören Norwegen, die Schweiz und Island an. Beide Faktoren zusammen können rund 76 Prozent der Gesamtvarianz binden und besitzen eine hohe interne Reliabilität, wie die Cronbach's-Alpha-Werte in der letzten Zeile von Tabelle 2 belegen.

Tabelle 2: Bevölkerungsakzeptanz potenzieller EU-Neumitglieder 2008 Faktorladungsmatrix (HCA, varimax rotiert)

	F I	F II
Bosnien-Herzegowina	.856	.278
Serbien	.851	.285
Kosovo	.847	.260
Mazedonien	.840	.274
Montenegro	.837	.273
Albanien	.821	.289
Kroatien	.722	.432
Ukraine	.705	.398
Türkei	.657	.347
Norwegen	.302	.876
Schweiz	.253	.865
Island	.372	.798
Eigenwert	7,87	1,20
Varianzaufklärung pro Faktor (in%)	65,6	10,0
Gesamtvarianz (in %)	75,6	
KMO	.961***	
Cronbach's Alpha	.953	.835

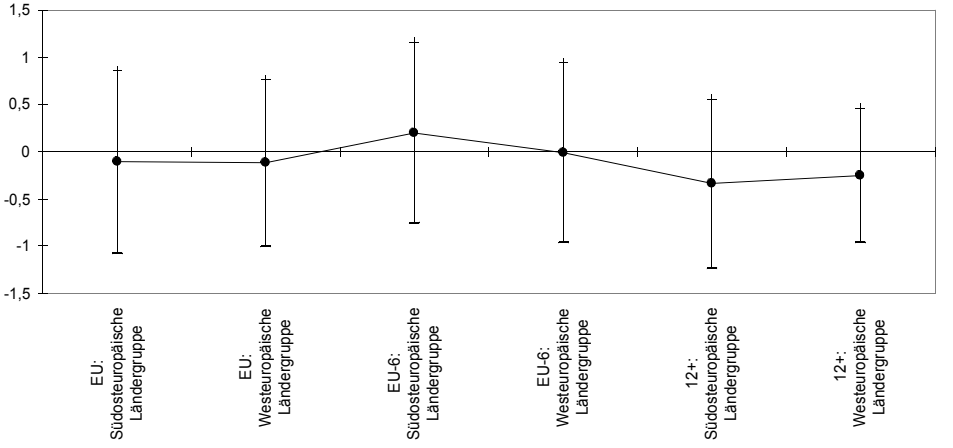
*** $p < 0.001$

Datenbasis: EB 69.2 (Frühjahr 2008).

https://doi.org/10.5771/0044-3360-2010-4-413
Generiert durch IP '3.137.221.120', am 14.06.2024, 12:06:04.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

Im Anschluss an die Ergebnisse der Faktoranalyse habe ich zwei additive Indizes gebildet. Den ersten Index nenne ich der Einfachheit halber »Südosteuropäische Länder«, obwohl dieser Dimension auch die Ukraine und die Türkei angehören. Ursprünglich nahm die so entstandene Variable Ausprägungen von 9 bis 18 an. Ich habe die Variable auf eine Skala von 1 bis 10 rekodiert. Dabei bedeuten kleine Werte Zustimmung und hohe Werte Ablehnung. Dem zweiten Index gebe ich das Etikett »Westeuropäische Länder«. Diese Variable nahm nach der Rekodierung der ursprünglichen Werte (3 bis 6) Ausprägungen von 1 bis 4 an, wobei kleine Werte erneut für Zustimmung und hohe Werte für Ablehnung stehen. Damit haben beide Variablen aber voneinander abweichende Skalenniveaus, die nicht direkt miteinander verglichen werden können. Aus diesem Grund wurden die Mittelwerte standardisiert und in so genannte Z-Werte transformiert. Auf diese Weise sind nunmehr beide Indizes miteinander vergleichbar.

Abbildung 2: Unterstützung eines EU-Beitritts der südost- und westeuropäischen Ländergruppe 2008 (z-transformierte Mittelwerte)



Datenbasis: EB 69.2 (Frühjahr 2008).

Abbildung 2 enthält die durchschnittlichen Z-Werte in der Unterstützung eines Beitritts beider Ländergruppen. Darüber hinaus bieten die in Tabelle 3 enthaltenen Varianzmaße (eta) Aufschluss über die Stärke der Länderunterschiede in der Akzeptanz der EU-Bevölkerung, die südosteuropäische und westeuropäische Ländergruppe in die EU aufzunehmen. Insgesamt scheinen mir zwei Ergebnisse besonders erwähnenswert.

Erstens fällt auf, dass die Bevölkerungen der EU-6-Länder der Aufnahme weiterer Länder im Durchschnitt zwar generell zurückhaltender gegenüberstehen. Allerdings betrifft diese Zurückhaltung vor allem die südosteuropäische Ländergruppe. Während im Schnitt der europäischen Gründungsnationen im Herbst 2008 zwischen 70 und 79 Prozent der Bevölkerung einen EU-Beitritt Islands, Norwegens und der Schweiz willkommen heißen würden, ist die Zustimmung für die Aufnahme der meisten Länder aus der südosteuropäischen Ländergruppe gering (vgl. Tab. 2). Den EU-Beitritt der Türkei wür-

https://doi.org/10.5771/0044-3360-2010-4-413
Generiert durch IP '3.137.221.120', am 14.06.2024, 12:06:04.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

den gerade einmal 22 Prozent der Bevölkerung in der EU-6 befürworten, die EU-Mitgliedschaft des Kosovos und Albaniens nur 27 Prozent.

Tabelle 3: Ländervarianzen in der Unterstützung eines EU-Beitritts der südost- und westeuropäischen Ländergruppe 2008 (eta)

	EU-Gesamt	EU-6	12+
Südosteuropäische Länder (inkl. Türkei und Ukraine)	.35***	.17***	.28***
Westeuropäische Länder	.24***	.19***	.10***

*** $p < 0.001$

Datenbasis: EB 69.2 (Frühjahr 2008).

Zweitens zeigen sich in der Bevölkerungsakzeptanz eines Beitritts der südosteuropäischen Ländergruppe deutliche und hoch signifikante Länderunterschiede, die aber im Durchschnitt der europäischen Gründungsstaaten etwas weniger stark ins Gewicht fallen als im EU-Gesamtdurchschnitt und bei den zehn bzw. zwölf 2004/2007 beigetreten EU-Staaten (vgl. Tab. 3) Das heißt zum einen, dass sich die EU-6-Bevölkerungen vor allem in ihrer *Ablehnung* der EU-Ausdehnung auf weitere Länder der südosteuropäischen Ländergruppe relativ einig sind. Zum anderen lässt sich aus diesen Befunden schließen, dass die EU-Bürger nicht nur klare Unterschiede in ihrer Zustimmung für potenzielle Neumitglieder machen. Anscheinend gehen auch die Begründungen für solche Unterschiede zwischen den Europäern deutlich auseinander. Denn von einigermaßen homogenen Vorstellungen der EU-Bürger, wo die Grenzen der Europäischen Union festgelegt werden sollten und welche Länder als zugehörig und in diesem Sinne als Gleiche akzeptiert werden, kann angesichts dieser Zahlen keine Rede sein. Ein einheitlicher Kriterienkatalog zur Begründung von Abgrenzungsprozessen zwischen Mitgliedern und Nicht-Mitgliedern des supranationalen europäischen Kollektivs steht offenbar (noch) nicht zur Verfügung.

Wie gravierend die empirisch beobachteten Differenzen für die Entwicklungschancen eines europäischen Gemeinschafsbewusstseins tatsächlich sind, lässt sich allerdings nur schwer beurteilen. Die Ergebnisse legen zwar nahe, dass die EU-Bürger noch kaum gemeinsam geteilte Kriterien anwenden, um Abgrenzungsprozesse zwischen In- und Outgroup zu begründen. Doch wir wissen bislang viel zu wenig darüber, welche »codes of distinction«[30] überhaupt Anwendung finden, um Strategien von Inklusion und Exklusion Sinn und Richtung zu geben. Damit komme ich zu meiner zweiten, weiter oben formulierten Frage, nämlich wie die Entscheidung, wer in das gemeinsame Kollektiv der Europäischen Union Aufnahme finden kann und wer nach Auffassung der Europäer nicht dazu gehört, begründet wird. In anderen Worten: Was macht bestimmte Andere zu Gleichen, sodass »wir« es gerechtfertigt finden, dass sie zu »uns« gehören? Und um-

30 Shmuel Noah Eisenstadt/Bernhard Giesen, »The Construction of Collective Identity« in: *European Journal of Sociology 26* (1995), S. 72–102, hier: S. 74.

https://doi.org/10.5771/0044-3360-2010-4-413
Generiert durch IP '3.137.221.120', am 14.06.2024, 12:06:04.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

gedreht: Existieren in den Augen der EU-Bürger bestimmte Gemeinsamkeiten, die eine Abgrenzung zu Anderen, Nicht-EU-Mitgliedern, gerechtfertigt erscheinen lassen?

Um dieser Frage empirisch nachzugehen greife ich auf ein Instrument im Eurobarometer vom Jahresbeginn 2002 zurück, mit dem Bevölkerungsaussagen über die Beitrittsbedingungen für neue EU-Mitglieder gemessen wurden. Leider steht diese Frage nur für die Bevölkerungen der EU-15 zur Verfügung, weil der Indikator nach der Osterweiterung im Juni 2004 nicht mehr erhoben wurde. Im Rahmen einer standardisiert vorgegebenen Liste von insgesamt sieben Aussagen konnten die Befragten zwischen vier Antwortkategorien wählen, ob sie diese Beitrittsbedingungen wichtig oder unwichtig finden. Eine Faktoranalyse auf Basis dieser sieben Statements generiert eine zweidimensionale Antwortstruktur (vgl. Tab. 4). Beide Faktoren zusammen binden die Gesamtvarianz in den Antworten zu 63 Prozent und besitzen eine zufriedenstellende Reliabilität.

Tabelle 4: Beitrittsbedingungen für neue EU-Mitglieder 2002 – Faktorladungsmatrix (HCA, varimax rotiert)

	F I	F II
Ökonomische Entwicklung nahe unserem Level	.813	.127
Muss seinen Anteil am EU-Haushalt zahlen können	.796	.246
Beitritt sollte Mitgliedstaaten nichts kosten	.785	.218
Aktiver Umweltschutz	.174	.781
Akzeptanz von Demokratie und Menschenrechten	.100	.770
Aktiver Kampf gegen organisiertes Verbrechen und Drogenkonsum	.268	.761
Muss alle europäischen Regeln anwenden	.451	.546
Eigenwert	2,23	2,20
Varianzaufklärung pro Faktor (in%)	31,8	31,5
Gesamtvarianz (in %)	63,3	
KMO	.844***	
Cronbach's Alpha	.77	.72[1]

*** $p < 0.001$

[1] Bei der Reliabilitätsanalyse von Faktor II blieb die Bedingung „Muss alle europäischen Regeln anwenden" aufgrund der hohen Nebenladung auf dem ersten Faktor unberücksichtigt.

Frageformulierung: "For each of the following, do you think it is very important, fairly important, not very important or not at all important in deciding whether a particular country is ready to join the European Union?"

Datenbasis: EB 56.3 (Januar-Februar 2002).

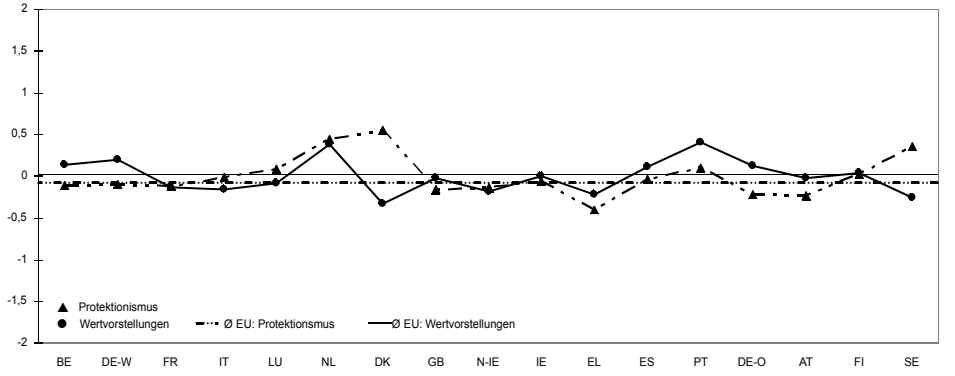
Faktor I spiegelt ökonomisch motivierte Sorgen wider, dass die finanziellen Belastungen für die EU-Länder im Zuge der Aufnahme neuer Mitglieder, deren ökonomischer Entwicklungsstand vom EU-Maßstab zu weit entfernt ist, wachsen könnten. Ich interpretiere diese Einstellungsdimension daher als »Protektionismus«. Der zweite Faktor umfasst bestimmte politische Ziele und Wertvorstellungen: Umweltschutz, die Akzeptanz von Demokratieprinzipien und Menschenrechten sowie Sicherheit vor Verbrechen und

https://doi.org/10.5771/0044-3360-2010-4-413
Generiert durch IP '3.137.221.120', am 14.06.2024, 12:06:04.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

Drogenkonsum. Aus diesem Grunde bezeichne ich diese Einstellungsdimension vereinfachend als »Gemeinsame Politik- und Wertvorstellungen«. Im Anschluss wurden erneut zwei additive Indizes gebildet und auf einen Wertebereich von 1 = sehr wichtig bis 10 = überhaupt nicht wichtig skaliert. Danach habe ich die Mittelwerte wiederum als Z-Werte standardisiert. Je höher die Werte sind, desto unwichtiger finden die Bürgerinnen und Bürger diese EU-Beitrittsbedingungen, je niedriger die Werte ausfallen, desto bedeutsamer sind diese Voraussetzungen in den Augen der Menschen.

Wie in Abbildung 3 sichtbar wird, spielen protektionistische Erwägungen für die Akzeptanz neuer EU-Mitglieder meist eine stärkere Rolle als gemeinsame Politikziele und Wertorientierungen. Auffällige Ausnahmen von dieser Beobachtung sind Dänemark und Schweden. In diesen Ländern hält es die Bevölkerung für weitaus wichtiger, dass potenzielle Neumitglieder bestimmte Politik- und Wertvorstellungen teilen, ehe sie Aufnahme in die Europäische Union finden. Ähnliches gilt zwar auch für die italienische und die luxemburgische Bevölkerung, doch sind die Differenzen zwischen beiden Einstellungsdimensionen in diesen beiden Ländern nicht so stark wie in Dänemark und Schweden. Ökonomisch definierte Beitrittsbedingungen finden hingegen vor allem in Griechenland, Ostdeutschland und Österreich Zustimmung. Doch auch in Belgien, Westdeutschland, Großbritannien, Spanien und Portugal kommt protektionistischen Erwägungen bei den Bürgerinnen und Bürgern eine durchschnittlich größere Wichtigkeit für die Akzeptanz neuer EU-Mitglieder zu als bestimmten gemeinsamen Politik- und Wertvorstellungen. Dabei variiert die Bedeutung gemeinsamer Wert- und Politikzielvorstellungen für die Akzeptanz neuer EU-Mitglieder zwischen den einzelnen EU-Ländern geringfügig stärker (eta EU:.18, $p < 0.001$; eta EU-6:.19, $p < 0.001$) als die Relevanz protektionistischer Überlegungen (eta EU:.17, $p < 0.001$; eta EU-6:.15, $p < 0.001$). Dieses Ergebnis passt zu meiner Interpretation der bisherigen Befunde, dass die Europäer noch kaum auf einen gemeinsamen Kriterienkatalog zur Begründung von Differenzbildungsprozessen zwischen EU-Mitgliedern und Nicht-EU-Mitgliedern zurückgreifen.

Abbildung 3: Beitrittsbedingungen für neue EU-Mitglieder im Vergleich der EU- Mitgliedstaaten 2002 (z-transformierte Mittelwerte)



Datenbasis: EB 56.3 (Januar-Februar 2002).

https://doi.org/10.5771/0044-3360-2010-4-413
Generiert durch IP '3.137.221.120', am 14.06.2024, 12:06:04.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

Mit Blick auf die mögliche Herausbildung eines Gemeinschaftsbewusstseins der europäischen Bürgerinnen und Bürger durch Differenzbildung und Grenzziehung sind diese Ergebnisse aber recht schwierig zu interpretieren. Einerseits lässt sich argumentieren, dass sich Abgrenzungsstrategien nach außen nicht notwendigerweise mit Hilfe gemeinsamer Wertvorstellungen rechtfertigen lassen müssen. Ebenso wichtig können gemeinsame Interessen sein. Diese sind unter bestimmten Umständen vielleicht sogar von zentraler Bedeutung, nämlich immer dann, wenn »unsere« Interessen durch Andere bedroht sind oder als gefährdet angesehen werden müssen. Zu solchen Gefahren von außerhalb der Kollektivgrenzen zählen auch Ressourcenkonflikte.[31] Die Mitglieder der Ingroup halten dementsprechend zusammen und stehen im wahrsten Sinne des Wortes vereint, wenn es darum geht, die exklusiven Verfügungsrechte über bestimmte Ressourcen gegen Ansprüche von Mitgliedern der Outgroup zu verteidigen. In dieser Hinsicht könnten protektionistisch motivierte Abgrenzungsstrategien der Europäer gegenüber neuen, in die europäische Gemeinschaft strebenden Mitgliedern dazu beitragen, das kollektive Gemeinschaftsbewusstsein bei denen zu stärken, die der Union bereits angehören. Dabei sollen die normativen Implikationen einer solchen Deutung der Befunde dahingestellt bleiben. Sie wären an anderer Stelle zu diskutieren.

Andererseits gibt es aus meiner Sicht aber auch mindestens einen gravierenden Einwand gegen diese Interpretation der Ergebnisse, der in der Natur der Sache selbst liegt. Auch die supranationale Gruppenmitgliedschaft in der Europäischen Union weist den viel zitierten Mehrebenencharakter auf, weil Gruppenmitglieder in der EU zunächst einmal Staaten und erst davon abgeleitet Individuen sind. Die europäische Staatsbürgerschaft bleibt konsequenterweise an die nationale Staatsbürgerschaft eines EU-Mitgliedslandes geknüpft. Vor diesem Hintergrund halte ich es zwar trotzdem für realistisch und plausibel, dass die Diskriminierung von Anderen das Wir-Bewusstsein der eigenen Gruppe stärken kann. Doch es bleibt die Frage zu beantworten, welche Gruppe in diesem Falle gemeint ist. Anders ausgedrückt, geht es den Menschen um den Schutz der nationalen Interessen oder um den solidarischen Zusammenhalt innerhalb der Europäischen Union, wenn die EU-Aufnahme weiterer Länder von deren ökonomischer Prosperität und finanzieller Stärke abhängig gemacht wird?

Eine ebenso vorsichtige wie vorläufige Antwort auf diese Frage geben die Zahlen in Tabelle 5. Darin sind die z-transformierten Mittelwerte für die Einstellungsdimension »Protektionismus« in Abhängigkeit von der Stärke der EU-Bindung und der nationalen Bindung enthalten. Niedrige Werte bedeuten erneut »wichtig«, hohe Werte »nicht wichtig«. Außerdem geben die in der letzten Tabellenzeile enthaltenen Varianzmaße Auskunft darüber, ob sich die Bedeutung protektionistisch motivierter Abgrenzungsstrategien der Europäer eher zufällig oder systematisch entlang nationaler und supranationaler kollektiver Bindungen verändert.

31 Lauren M. McLaren, *Identity, Interests and Attitudes to European Integration,* Houndmills et al. 2006.

https://doi.org/10.5771/0044-3360-2010-4-413
Generiert durch IP '3.137.221.120', am 14.06.2024, 12:06:04.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

Tabelle 5: Protektionistisch motivierte Beitrittsbedingungen für neue EU-Mitglieder und kollektive Bindungen 2002 (z-transformierte Mittelwerte, eta)

Bindung an…	EU		EU-6	
	EU	eigenes Land	EU	eigenes Land
Sehr starke Bindung	-0,09	-0,17	-0,05	-0,16
Ziemlich starke Bindung	-0,01	0,00	0,00	0,03
Keine starke Bindung	-0,06	0,25	-0,05	0,29
Überhaupt keine Bindung	-0,11	0,47	-0,09	0,54
Gesamt	-0,06		-0,04	
Varianzmaß: eta	.04***	.15***	n.s.	.16***

*** $p < 0.001$

Frageformulierung „Bindung": „People may feel different degrees of attachment to their town or village, to their region, to their country or to the European Union. Please tell me how attached do you feel to your town/village, to your region, to your country or to the European Union." Antwortvorgaben: very attached, fairly attached, not very attached, not at all attached.

Datbenbasis: EB 56.3 (Januar-Februar 2002).

Die Ergebnisse machen deutlich, dass es für protektionistische Erwägungen bezüglich der Aufnahme neuer EU-Mitglieder unerheblich ist, wie stark sich die EU-Bürger an die Europäische Union gebunden fühlen. Dafür spielt die Loyalität zum eigenen Land offenkundig eine weitaus größere Rolle. Je enger sich die Befragten ihrem Heimatland verbunden fühlen, desto wichtiger finden sie es, dass die Aufnahme neuer Mitgliedstaaten in die EU für die jetzigen Mitglieder keine ökonomischen und finanziellen Belastungen mit sich bringen darf. Dieser Zusammenhang ist zudem hochsignifikant. Diese Ergebnisse sprechen dafür, dass bei den protektionistisch motivierten Abgrenzungsstrategien der Europäer die Interessen des eigenen Nationalstaates von größerer Bedeutung sind als die des europäischen Kollektivs der EU-Mitgliedstaaten. Die Europäer denken anscheinend vor allem an die Interessen ihres Nationalstaates und weniger an das europäische Kollektiv der EU-Mitgliedstaaten, wenn sie die Vermeidung zusätzlicher ökonomischer Bürden als Rechtfertigung für die Außenabgrenzung der EU nutzen. Vor diesem Hintergrund müssen wir davon ausgehen, dass die Wirkungskraft tatsächlicher oder wahrgenommener Ressourcenkonflikte mit Anderen, die (noch) nicht Teil der Europäischen Union sind, für die Herausbildung eines europäischen Gemeinschaftsbewusstseins begrenzt ist. Denn wenn es um ökonomische Belange geht, nehmen die Europäer Unterschiede von Anderen offenbar stärker in Relation zum nationalstaatlichen als zum europäischen Kollektiv wahr.

Eine Erklärung dafür könnte die innereuropäische Heterogenität zwischen den EU-Mitgliedstaaten sein, die statt einer Differenzbildung nach außen *innerhalb* der Europäischen Union Grenzen schafft und aufrecht erhält. Damit können wir dann aber auch nicht ohne Weiteres davon ausgehen, dass die Mitglieder einer Gruppe bereits deshalb zusammengeschweißt werden, weil sie sich von Anderen außerhalb der Gruppe individuell bedroht sehen. Nur wenn die Gruppenmitglieder ihr jeweils eigenes Schicksal mit dem Schicksal der Gruppe verknüpft sehen, ist zu erwarten, dass ein gemeinsames In-

https://doi.org/10.5771/0044-3360-2010-4-413
Generiert durch IP '3.137.221.120', am 14.06.2024, 12:06:04.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

teresse an der Abwehr der als gemeinsam wahrgenommenen Gefahren besteht. Eine große Heterogenität zwischen den Gruppenmitgliedern und der Mangel an Gemeinsamkeiten werden jedoch verhindern, dass unter den Mitgliedern einer Gruppe der Glaube wächst, dass andere Gruppenmitglieder das eigene Schicksal teilen, »mein« Schicksal also »unser« Schicksal ist.

Das verweist einmal mehr auf die Bedeutung von wahrgenommenen Gemeinsamkeiten, die »uns« nicht nur verbinden, sondern wegen denen »wir« uns auch von Anderen unterscheiden. Obwohl die Basis dieser Gemeinsamkeiten in Wahrnehmung der Europäer nach vorliegenden Befunden bislang eher schmal ist,[32] dienen gemeinsame Wertvorstellungen und darauf gründende Politikziele – in manchen EU-Staaten mehr, in anderen weniger – offenbar tatsächlich als Begründung dafür, wer nach Auffassung der Bürgerinnen und Bürger (nicht) zur Europäischen Union gehört. In diesem Falle zeigt sich auch ein signifikanter Zusammenhang mit der Stärke der EU-Bindung, die ein Befragter äußert (tabellarisch nicht ausgewiesen). Danach erklären die Europäer die Verpflichtung auf bestimmte Politikziele und gemeinsame Wertorientierungen umso eher zur Aufnahmebedingung neuer EU-Mitglieder, je mehr sie sich mit der Europäischen Union verbunden fühlen. Umgekehrt verlieren wertgeladene Voraussetzungen für den EU-Beitritt in der Auffassung der europäischen Bürgerinnen und Bürger mit der abnehmenden Bindung an die Europäische Union an Relevanz.

Es lassen sich in den Eurobarometer-Daten also durchaus Hinweise darauf finden, dass die EU-Bürger zumindest ansatzweise Vorstellungen darüber haben, was Andere von »uns« in der Europäischen Union unterscheidet, weshalb sie nicht zu uns gehören und es auch nicht sollten. Zudem scheint ein Teil der EU-Bürger die Idee von der Europäischen Union als einer Wertegemeinschaft verinnerlicht zu haben und daraus auch Begründungen für Differenzbildungs- und Abgrenzungsstrategien gegenüber Anderen abzuleiten. Die Akzeptanz von Demokratie und Menschenrechten, eine aktive Umweltschutzpolitik und die Sicherheit der Menschen vor organisierter Kriminalität und Drogenkonsum sind in den Augen mancher EU-Bürger anscheinend solche »kostbaren« Gemeinsamkeiten, die sie mit ihren europäischen Mitbürgern teilen und sie deshalb zu Gleichen machen. Zugleich scheinen diese Wert- und Politikzielvorstellungen auch die Entscheidung zu rechtfertigen, wo die Grenzen der EU festgelegt werden sollten.

Meine vorsichtigen Formulierungen sollen aber darauf hinweisen, dass in dieser Hinsicht in der Forschungsliteratur wiederholt Skepsis geäußert wurde.[33] Erfolgreiche kollektive Identitätsbildungsprozesse haben zur Bedingung, dass gemeinsame Charakteris-

32 Viktoria Kaina, *Wir in Europa. Kollektive Identität und Demokratie in der Europäischen Union,* Wiesbaden 2009.

33 Peter Graf Kielmansegg, »Läßt sich die Europäische Gemeinschaft demokratisch verfassen?« in: *Europäische Rundschau 22 (2)* (1994), S. 23–33; ders., »Integration und Demokratie« in: Markus Jachtenfuchs, Beate Kohler-Koch (Hg.), *Europäische Integration,* Opladen 1996, S. 47–71; Dieter Grimm, »Braucht Europa eine Verfassung?« in: Marie-Theres Tinnefeld (Hg.), *Informationsgesellschaft und Rechtskultur in Europa. Informationelle und politische Teilhabe in der Europäischen Union,* Baden-Baden 1995, S. 211–230.

https://doi.org/10.5771/0044-3360-2010-4-413
Generiert durch IP '3.137.221.120', am 14.06.2024, 12:06:04.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

tika der Gruppenmitglieder modelliert werden, die exklusiv, also nur für »uns« typisch sind. Der universalistische Charakter wichtiger »europäischer« Gemeinsamkeiten bietet dafür aber keine guten Voraussetzungen. Denn zentrale Elemente der gemeinsamen Wertebasis der Europäischen Union sind Bestandteile des normativen Selbstverständnisses liberaler Demokratien dies- wie jenseits des europäischen Kontinents. Das bedeutet, dass auch die in der EU versammelten Nationalstaaten diesen Werten verpflichtet sind und sie in den Augen der EU-Bürger vielleicht sogar erfolgreicher verwirklichen als eine Gemeinschaft europäischer Staaten. Damit stellt sich aber die Frage, wo nach Ansicht der EU-Bürger der Mehrwert einer gemeinsamen europäischen Identität im Vergleich zu ihrer nationalen Identität liegen soll. Außerdem wäre es nur konsequent, dem Beitrittsbegehren von Ländern wie Japan, Neuseeland, Australien oder Kanada zu entsprechen, sollten diese gefestigten liberalen Demokratien eine Mitgliedschaft in der EU anstreben.

Der Mangel an exklusiven Gemeinsamkeiten, die sich die EU-Bürger gegenseitig unterstellen können, ist demnach ein Hindernis für die Entstehung einer gemeinsamen europäischen Identität. Allerdings ist nach meiner Auffassung nicht entschieden, ob diese Art von exklusiven Gemeinsamkeiten zwischen den EU-Bürgern aus guten Gründen tatsächlich fehlt und verbreiteten Vorbehalten über die Möglichkeiten einer europäischen kollektiven Identität in absehbarer Zukunft somit ein reales Fundament gibt. Vielleicht haben wir es an dieser Stelle viel eher mit einem Forschungsdesideratum zu tun, weil die verfügbare Datenlage bislang kaum empirisch gesicherte Auskünfte zu diesem Thema bereitstellt.

Dagegen ließe sich einwenden, dass empirische Studien auf Basis des World Values Survey und der Europäischen Wertestudie nachgewiesen haben, dass die gemeinsame Wertebasis in den Bevölkerungen der EU-25 beeindruckend groß ist und deshalb nicht nur kein Hindernis, sondern auch eine gute Voraussetzung für kollektive Identitätsbildungsprozesse auf europäischer Ebene darstellt.[34] Die Ergebnisse dieser Untersuchungen sagen etwas darüber, welche politischen und gesellschaftlichen Wertvorstellungen in den Mitgliedsländern der Europäischen Union ubiquitär sind. Das sind tatsächlich wichtige Informationen, wenn es darum geht, mehr über die Rahmenbedingungen kollektiver Identitätsbildungsprozesse zu erfahren. Wir können aus diesen Länder vergleichenden Studien nämlich schließen, dass die EU-Bürger bestimmte Werte in großer Einmütigkeit teilen und damit gute Voraussetzungen bestehen, dass sie die Welt und andere Menschen nach gemeinsamen Maßstäben beurteilen sowie ihr Denken und Handeln daran orientieren. Dennoch bleiben zwei ungeklärte Probleme.

Erstens: Die Befunde dieser Untersuchungen erlauben keine Schlussfolgerungen darüber, ob diese Gemeinsamkeiten den EU-Bürgern mit Blick auf das supranationale europäische Kollektiv auch als Rechtfertigung für das Besondere, für Distanz und Nähe,

34 Dieter Fuchs / Hans-Dieter Klingemann, »Eastward Enlargement of the European Union and the Identity of Europe« in: Peter Mair, Jan Zielonka (Hg.), *The Enlarged European Union. Diversity and Adaption,* London / Portland 2002, S. 19–54; Jürgen Gerhards [unter Mitarbeit von Michael Hölscher], *Kulturelle Unterschiede in der Europäischen Union. Ein Vergleich zwischen Mitgliedsländern, Beitrittskandidaten und der Türkei,* Wiesbaden 2005.

https://doi.org/10.5771/0044-3360-2010-4-413
Generiert durch IP '3.137.221.120', am 14.06.2024, 12:06:04.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

für Inklusion und Exklusion und für die Definition von Grenzen gegenüber Anderen außerhalb der EU dienen. *Zweitens*: Theoretisch spricht alles dafür, dass große Kollektive nur dann als bedeutsam erfahren werden können, wenn die Kollektivmitglieder den meist anonymen anderen Gruppenmitgliedern berechtigterweise *unterstellen* können, dass sie mit ihnen wertvolle Gemeinsamkeiten teilen. Die im europäischen Ländervergleich analysierten Werthaltungen der europäischen Bürgerinnen und Bürger sagen darüber nichts aus. Das heißt, auch wenn die empirischen Befunde belegen, dass z.B. Deutsche und Polen gemeinsame Werte teilen, lässt sich daraus nicht schließen, dass die Menschen beider Länder einander auch so wahrnehmen, dass also in ihren Augen die jeweils Anderen die gleichen Werte haben. Die Menschen müssen vielmehr gute Gründe für ihre Annahme haben, dass ihre europäischen Mitbürger mit ihnen wichtige Gemeinsamkeiten teilen, die sie zugleich von Anderen unterscheiden.

4. Fazit

Am Ausgangspunkt meiner empirischen Analysen standen eine theoretische Prämisse und eine erkenntnisleitende Frage. Erstere zielt darauf ab, dass die Herausbildung kollektiver Identitäten ein Prozess der Differenzbildung und Grenzziehung ist. Die damit verknüpfte Frage lautete, ob sich im Bewusstsein der EU-Bürger Anhaltspunkte für die Grenzziehung zwischen einem supranationalen, europäischen »Uns« und »Anderen« empirisch nachweisen lassen. Es lassen sich nunmehr vier zentrale Erkenntnisse zusammenfassen.

Erstens hat sich gezeigt, dass ein großer Teil der EU-Bevölkerung den Wunsch hat, die EU-Außengrenzen festzulegen. Dabei handelt es sich jedoch um ein ambivalentes Ergebnis. Denn empirische Untersuchungen weisen darauf hin, dass dieses Bedürfnis von nationalstaatlich geprägten Interessenkalkülen zumindest mit beeinflusst ist. Es bleiben also berechtigte Zweifel, ob der Wunsch nach Außenabgrenzung der Europäischen Union primär das supranationale Kollektiv der EU und dessen Schicksal reflektiert. *Zweitens* machen die Bürgerinnen und Bürger der EU nicht nur klare Unterschiede, welche Länder sie als Neumitglieder der Europäischen Union willkommen heißen würden. *Drittens* gehen auch ihre Meinungen darüber auseinander, wie Zustimmung und Ablehnung in dieser Frage gerechtfertigt werden. Das heißt, die EU-Bürger sind sich nicht nur relativ uneinig, wo die Außengrenzen der Europäischen Union verlaufen sollten. Dissens besteht auch darüber, welche Kriterien angewendet werden sollen, um Unterschiede zwischen »uns« und »denen« zu begründen. Für die Herausbildung kollektiver Identitätsbezüge gegenüber der EU und ihren Mitgliedern sind diese Ergebnisse jedenfalls Anlass für Ernüchterung.

Allerdings – und dies scheint mir die *vierte* wichtige Erkenntnis zu sein – warnt der vorläufige, weil häufig mehrdeutige Charakter der präsentierten Ergebnisse auch vor voreiligen und endgültigen Schlussfolgerungen. Es wurde einmal mehr deutlich, dass die systematische, empirisch gestützte Forschung zu kollektiven Identitätsbildungsprozessen auf europäischer Ebene noch immer in ihren Anfängen steckt und die Disziplin mit

https://doi.org/10.5771/0044-3360-2010-4-413
Generiert durch IP '3.137.221.120', am 14.06.2024, 12:06:04.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

großen konzeptionellen wie methodologischen Herausforderungen konfrontiert. Eine beeindruckend breite Palette an Forschungsarbeiten förderte bereits wichtige Einsichten, welche Rahmenbedingungen der Entwicklung eines europäischen kollektiven Gemeinschaftsbewusstseins zu- bzw. abträglich sein könnten und vor allem, wie es um diese Rahmenbedingungen in der Europäischen Union der Gegenwart bestellt ist. Doch über die psychologischen Prozesse von Differenzbildung und Grenzziehung zwischen EU-Mitgliedern und Nicht-EU-Mitgliedern wissen wir noch immer viel zu wenig. Angesichts der zentralen Bedeutung von Inklusions- und Exklusionsstrategien bei der Entwicklung kollektiver Identifikationsbezüge bleibt die Forschung deshalb weiter aufgefordert, ihre Kenntnisse in dieser Frage gezielt zu erweitern.

Dies erscheint mir aber auch noch aus einem anderen Grund nötig. Kollektive Identitätsbildung beruht auf sozialen Vergleichsprozessen. Um wirksam werden zu können werden wenigstens eine Vergleichsgruppe und mindestens eine relevante Vergleichsdimension benötigt.[35] Die bisherigen empirischen Ergebnisse verweisen aber auf Schwierigkeiten, in der EU-Bevölkerung Einigkeit darüber zu gewinnen, worauf dieser Vergleich abzielen und an welchen »Anderen« er sich orientieren soll. Insofern steht nicht nur das viel diskutierte Problem der Demokratiefähigkeit der EU im Raum. Auch die Frage nach der *Identitätsfähigkeit* der EU bleibt zu beantworten.

Zusammenfassung

Trotz einer wachsenden Zahl an Forschungspublikationen zur Entwicklung einer europäischen kollektiven Identität ist unser empirisch gesichertes Wissen über die psychologischen Prozesse von Differenzbildung und Grenzziehung auf europäischer Ebene nach wie vor begrenzt. Der vorliegende Beitrag will sich dieser Leerstelle nähern und geht der Frage nach, ob sich im Bewusstsein der EU-Bürger Anhaltspunkte für die Grenzziehung zwischen einem supranationalen, europäischen »Uns« und signifikanten »Anderen« nachweisen lassen. Die Ergebnisse auf Basis des Standard-Eurobarometers verweisen auf anhaltende Schwierigkeiten, in der EU-Bevölkerung Einigkeit darüber zu gewinnen, wo die Grenzen der EU verlaufen sollen und anhand welcher Kriterien Inklusions- und Exklusionsstrategien begründet werden können.

Summary

Despite a surge of publications on »European identity«, there is a great empirical void concerning the way of »othering« and demarcation. In particular, we still know far too little about Europeans' psychological processes of delineation against out-groups. Based on the bi-annual Eurobarometer, the article offers empirical findings on this topic. The empirical evidence suggests that it is still difficult for EU citizens to find an agreement

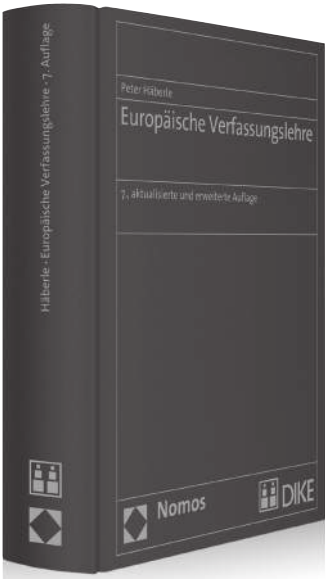
35 Olaf Leiße, *Europa zwischen Nationalstaat und Integration,* Wiesbaden 2009, S. 127.

https://doi.org/10.5771/0044-3360-2010-4-413
Generiert durch IP '3.137.221.120', am 14.06.2024, 12:06:04.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

on how the delineation against out-groups can be justified and who precisely the relevant other, the out-group is.

Viktoria Kaina, »We« and »the Others« – European identity building as a construction of commonality and difference

Standardwerk der Europawissenschaften



Europäische Verfassungslehre
Von Peter Häberle
7., aktualisierte und erweiterte Auflage
2011, 823 S., geb., ca. 99,– €
ISBN 978-3-8329-6218-0
Erscheint ca. Januar 2011

Häberles Monographie ist ein Standardwerk der Europawissenschaften und der Verfassungstheorie. Die Neuauflage berücksichtigt die dynamische Verfassungsentwicklung im europäischen Rechtsraum bis zum Lissabon-Urteil des Bundesverfassungsgerichts.

versandkostenfrei unter ▸ www.nomos-shop.de

Nomos

https://doi.org/10.5771/0044-3360-2010-4-413
Generiert durch IP '3.137.221.120', am 14.06.2024, 12:06:04.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.